

JAV-Wahlen

Wirklich etwas verändern können

Die Betriebsratswahlen sind vorbei, aber die Wahlen für die Jugend- und Auszubildendenvertretungen stehen noch bevor: Im Oktober ist

Während die Jugendvertreter nach dem Bundespersonalratsgesetz parallel zu den Personalräten schon bis Mai gewählt wurden, sieht das Betriebsverfassungsgesetz für die JAVen eine Wahl im Herbst vor. Auch die Altersbegrenzungen sind unterschiedlich: Bei den JAVen im Personalrat können alle Auszubildenden bis einschließlich 26 Jahren mitwählen, beim Betriebsverfassungsgesetz dürfen die Wahlberechtigten nicht älter als 25 sein. „Späte“ Azubis sind also nicht mit dabei.

Insgesamt gibt es in Deutschland rund 5000 Jugendauszubilden-

denvertretungen. Ihre Bildung ist aber nur möglich, wenn ein Personal- oder Betriebsrat vorhanden ist, denn an diese sind sie angebunden und agieren nicht als völlig eigenständiges Gremium. Mindestens fünf Wahlberechtigte müssen im Betrieb sein, um eine JAV bilden zu können.

Für Jan Duscheck ist es als Chef der ver.di-Jugend die erste JAV-Wahl. Seit Mitte Oktober 2013 hat er die Leitung der Abteilung mit den ganz eigen gestalteten Webseiten übernommen. Erfahrung mit der JAV-Arbeit und den Wahlen hat er aber reichlich: Am

es soweit. JAV-Wahlen sind alle zwei Jahre. Die ver.di Jugend mit ihrem Chef Jan Duscheck ist also im Wahlendspurt.

Uniklinikum in Leipzig war der gelernte Kinderkrankenpfleger selbst JAV-Vorsitzender, außerdem Delegierter in seinem Fachbereich. Seit fünf Jahren arbeitet er jetzt als Gewerkschaftssekretär bei der ver.di-Jugend in der Berliner Bundesverwaltung.

Doch für all die JAVen ist es gar nicht so leicht, Kandidaten zu finden. Wichtig sei es, so Duscheck, den Jugendlichen die Idee zu vermitteln, dass sie in der Jugend- und Auszubildendenvertretung „wirklich etwas verändern können“. Ist bereits ein aktives Gremium vorhanden, ist es leichter

neue Gesichter für die Kandidatenliste zu gewinnen. Gibt es keine Vorbilder für die neuen Azubis, haben es die Personal- und Betriebsräte schwer.

Viel Infomaterial

Deshalb bietet die ver.di-Jugend umfangreiches Material zur JAV-Wahl und zur JAV-Arbeit an. Sie lädt Azubis zu eigenen Veranstaltungen ein und inszeniert Rollenspiele um ihnen einen Vorgeschmack auf ein mögliches Engagement zu geben. JAV-Seminare sind auch für (Noch)Nichtmitglieder offen. ▶

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

rasch geht es von einer Wahl zur nächsten: Kaum haben wir die Betriebsratswahlen hinter uns gebracht, schon haben die Organisationswahlen begonnen, die letztlich im Herbst 2015 im großen Gewerkschaftskongress von ver.di münden.

Zunächst aber möchte ich allen neu- und wiedergewählten Betriebsrätinnen und Betriebsräten zu eurer Wahl gratulieren und euch viel Erfolg in eurem Amt wünschen.

Damit wir vom Bundesfachgruppenvorstand gezielt mit ihnen in Kommunikation treten



Foto: Chr. v. Polentz

können, beispielsweise zur Einladung in spezielle Betriebsräteseminare, ist es ganz wichtig, dass ihre Betriebsratsfunktion in der elektronischen Mitgliederkartei MIBS verzeichnet ist. Normalerweise sollen die Wahlvorstände der Betriebsratswahlen die Bezirke der beteiligten Gewerkschaften über die Wahlergebnisse informieren – aller beteiligten Gewerkschaften, also auch ver.di. Da dies jedoch nicht durchweg der Fall zu sein scheint, bitte ich alle neu- oder wiedergewählten

ver.di-Betriebsrätinnen und ver.di-Betriebsräte, sich auf jeden Fall selbst bei ihrem Bezirk zu melden, damit ihre Funktion eingetragen werden kann (siehe Seite 7).

Und nun zu den Organisationswahlen: Die Fachgruppe Industrie/Industrielle Dienstleistungen in Berlin-Brandenburg hat den Reigen der Landeskonferenzen eröffnet und bereits Mitte Mai einen neuen Vorstand gewählt und die Delegierten zu den nächsten Konferenzen wie der Landesbezirksfachbereichskonferenz oder der Bundesfachgruppenkonferenz bestimmt. Auch die Mitglieder für die Tarifausschüsse im Landesbezirk wurden benannt. Jetzt geht es den Sommer und Herbst über in den anderen Landesbezirken weiter, bis sich schließlich alle Delegierten zur

Bundesfachgruppenkonferenz im kommenden Februar in Berlin treffen um die Weichen unserer Fachgruppe auf Bundesebene zu stellen.

Auch die Mitglieder der Personengruppe Meister, Techniker, Ingenieure mti wählen ihre Bezirks- und Landesbezirksgremien und ihre Delegierten bis zur Bundesebene hinauf, die dann ebenfalls im kommenden Frühjahr tagt.

Ich wünsche allen Versammlungen und Konferenzen eine hohe Mitgliederbeteiligung und erfolgreiche Wahlen. ■

Euer Matthias Träger

Vorsitzender der Bundesfachgruppe Industrie/Industrielle Dienstleistungen
Mitglied im Bundesausschuss mti

Weiter von Seite 1

Auf diese Seminare haben die ver.di-Mitglieder, die neu in eine JAV gewählt werden, ebenso einen Anspruch wie frisch gekürte Betriebsratsmitglieder. „Als gute Zeiten zur Anwerbung von jungen Mitgliedern für ver.di und die JAVen haben sich die Tarifkonflikte erwiesen“, berichtet Duscheck mit einem Lächeln.

Da die Wahlperiode nur zwei Jahre dauert und die Altersgrenze bald droht, gibt es JAV-Mitglieder, die zwei Amtszeiten absolvieren, aber das ist nicht die Regel. Nicht selten engagieren sich die JAV-Mitglieder anschließend auch in Betriebs- oder Personalrat und bringen dann schon einige Erfahrung mit.

Alle vier Jahre braucht die ver.di-Jugend auch ihre Vertreterinnen und Vertreter in den ver.di-Gremien, wo sie überall einen Anspruch haben, dabei zu sein. Hier gilt eine Altersgrenze von 27 Jahren. Die ver.di-Jugend schreibt

dann die jungen Mitglieder an und versucht, die bürokratischen Hürden für eine Kandidatur möglichst niedrig zu halten. Sie schickt die Interessierten auch nicht einfach nur zur Ortsversammlung, sondern organisiert eigene Jugend-Mitgliederversammlungen, bietet offene Aktivenkreise und Themenworkshops um das Interesse an einer Mitarbeit zu fördern.

ver.di-Jugend wächst

Obwohl der 28. Geburtstag jedes ver.di-Mitglied automatisch aus der Jugendstatistik rauszieht, hat die ver.di-Jugend trotz der etwa 16.000 Alterswechsler in diesem Jahr einen Zuwachs von rund 1,2 Prozent zu verzeichnen, bei den Auszubildenden sind es sogar 3,1 Prozent. Denn die Betriebe und Dienststellen sind ganz wichtige Anspracherräume für die Mitgliedergewinnung, wenn sich die älteren Kolleginnen und Kollegen um die jungen Leute kümmern. Das gilt übrigens auch für die Praktikanten von den Hochschu-



Foto: Ronny Keller

len, denn in dieser Zeit können ver.di-Mitglieder direkt mit ihnen ins Gespräch kommen.

Aber natürlich geht die ver.di-Jugend auch in die Berufsschulen und in die Hochschulen. Hier hat sie sich stark auf die dualen Studiengänge konzentriert, bei denen die betriebliche mit der akademischen Ausbildung verknüpft wird und die Berufsorientierung der Studierenden groß ist. Die Zahl dieser Studiengänge besonders in den sogenannten MINT-Fächern (Mathematik, Ingenieur- und Naturwissen-

schaften, Technik) sowie den wirtschaftlich ausgerichteten Fächern steigt.

Die allgemeine Studierendenarbeit ist allerdings bei der Vielzahl der Hochschulstandorte ein Ressourcenproblem, sagt Duscheck. Deshalb arbeitet die ver.di-jugend dafür in regionalen Kooperationen mit den DGB-Hochschulbüros zusammen. ■

Susanne Stracke-Neumann

<http://verdi-jugend.de/>
<http://www.jav.info/>

Termine

Aus der Fachgruppe, mti und AIN

Orgawahlen

19. Juli 2014	Bayern Landesfachgruppe und AIN
13. September 2014	Baden-Württemberg Landesfachgruppe Nordrhein-Westfalen Landesfachgruppe
19. und 20. Sept. 2014	AIN Bund (Berlin)
7. Oktober 2014	Rheinland-Pfalz-Saar Landesfachgruppe
7. November 2014	mti-Landesbezirkskonferenz Bayern
22. November 2014	Niedersachsen-Bremen Landesfachgruppe

Fachtagungen

19. September 2014	Berlin „Ingenieurstudium und was dann?“ mti Ausschuss Berlin-Brandenburg
27. September 2014	Würzburg Traditionsveranstaltung „Ulmer Forum“ Bundesfachgruppe, mti Bayern

Save the date

MINT: Die Suche nach dem Nachwuchs

Vielen Unternehmen geht mittel- und langfristig aus demographischen Gründen der Nachwuchs aus, was zum ernsthaften Problem für die Qualitätssicherung werden kann. Das Thema MINT und damit die Initiative, junge Frauen für eine Ausbildung und/oder ein Studium der Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik zu begeistern, ist daher von großer Wichtigkeit.

Deshalb organisiert ver.di am 1. Oktober 2014 im Berliner ver.di-Haus einen Kongress zu diesem Thema.

Die Initiative „Komm, mach MINT“ gibt einen regelmäßigen Newsletter mit vielen Tipps und Veranstaltungen heraus. ■

<http://www.komm-mach-mint.de/>

Orgawahlen

In Industriepolitik stärker positionieren

Die Mitgliederversammlung Berlin-Brandenburg startete Mitte Mai den Reigen der Landeswahlen in der Fachgruppe Industrie/Industrielle Dienstleistungen. Das bisherige Trio an der Spitze der Fachgruppe in Berlin-Brandenburg tauschte die Plätze.

Neuer Landesvorsitzender in Berlin-Brandenburg ist Matthias Träger, der auch der Bundesfachgruppe Industrie vorsteht. Gregor Heidebring, in der letzten Wahlperiode der Vorsitzende, ist nun sein Stellvertreter wie auch Ralf

Olbrich (siehe Seite 5), der dieses Amt auch vorher schon innehatte.

Die Landesversammlung konzentrierte sich auf die Diskussion des Geschäftsberichts, die Wahlen der Vorstandsmitglieder und Delegierten und besprach, sich in der gewerkschaftlichen Industriepolitik in Berlin-Brandenburg künftig stärker zu positionieren.

Die Delegierten zur Landesbezirkfachbereichskonferenz am 13. November 2014 sind Claudia Spreen, Barbara Szymanski und Matthias Träger, der die Fach-

Foto: Chr. v. Polentz



gruppe auch im mti-Landesausschuss vertritt. In der Bundesfachgruppenkonferenz wird die Fachgruppe Berlin-Brandenburg von Barbara Szymanski repräsentiert, im Bundesfachgruppenvorstand von Ralf Olbrich. Für den Landesfachbereichsvorstand sind Andreas Fuhrmeister und Leo Hahn nominiert.

Besetzt wurden auch die Plätze in den Tarifkommissionen im Landesbezirk mit Gabriele Hackbarth (Metallindustrie, siehe Seite 6), Gregor Heidebring (Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure), Matthias Träger (Chemische Industrie) und Ralf Olbrich (Optiker). ■

SUS

Klausur

Warnung für Betriebsräte: Facebook ist öffentlicher Raum

In seiner zweitägigen Klausurtagung hat sich der bayerische Landesfachgruppenvorstand und der Arbeitskreis Ingenieure und Naturwissenschaftler AIN Bayern schwerpunktmäßig mit der Nachbetrachtung der Betriebsratswahlen, der Perspektive 2015 und der Vorbereitung der Organisationswahlen beschäftigt.

Außerdem ging es um die Rente mit 63 sowie um die arbeitsrechtlichen Aspekte von sozialen Medien wie Facebook.

Die Betriebsratswahlen sind recht erfolgreich gelaufen, eine ähnliche Anzahl der Mandate wie bei letzter Wahl wurde trotz weniger Mitgliedern erreicht. In den Betrieben wurde eine sehr unterschiedliche Umgangskultur in den Betriebsräten festgestellt. Bei der „Perspektive 2015“ sieht die Fachgruppe sieht in Teilbereichen Verbesserungsbedarf für die gewerkschaftliche Arbeit wie mehr Zielorientierung bei den gewerkschaftlichen Projekten, ein

sauberer Projektabschluss und mehr Mitgliederorientierung, steht dem Gesamtprojekt jedoch sehr kritisch gegenüber. Der Vorstand befürchtet in der Betreuung für kleinere Fachgruppen/ Fachbereiche eine Verschlechterung. Die Landesfachgruppenkonferenz findet am 19. Juli 2014 in München statt. Der Ablauf der Sitzung und mögliche Kandidaten wurden besprochen.

Rechtsanwältin Irena Schauer gab am zweiten Tag der Klausurtagung Tipps zum Stand der Rente mit 63. Bei den Anfragen von Mitgliedern stehe derzeit die Frage im Vordergrund, wie mit der jetzt unklaren rechtlichen Position umgegangen werden soll. Dabei betonte Schauer mehrmals, dass die Deutsche Rentenversicherung eine Beratungspflicht hat und in diesem sehr steinigem Feld keinesfalls Auskünfte von Betriebsräten erfolgen sollten.

Die Deutsche Rentenversicherung selbst empfiehlt Folgendes, sofern nicht klar ist ob Regelaltersrente

nach 45 Versicherungsjahren nach den neuen Regelungen bezogen werden kann und noch nicht bezogen wurde: Liegt ein Rentenbescheid vor, kann dieser mit Widerspruch innerhalb eines Monats nach Zugang angefochten werden. Dies sei notwendig, da für die Gewährung der „neuen“ Regelaltersrente nach 45 Versicherungsjahren der Rentenbescheid nicht „erstarkt“, das heißt, rechtskräftig geworden sein darf.

Möglicherweise sollte in dieser Konstellation auch der „alte“ Rentenantrag zurückgezogen werden. Die Betroffenen sollten sich an die zuständige Rentenversicherung wenden.

Anschließend stellte Irena Schauer die Risiken in sozialen Medien dar. Insbesondere negative und beleidigende Äußerungen über den Arbeitgeber oder Vorgesetzte auf Facebook haben arbeitsrechtliche Konsequenzen bis hin zur Kündigung. Eine Beleidigung oder ein Geheimnisverrat kann sowohl eine Tat- als auch

eine Verdachtskündigung darstellen, der Arbeitgeber ist in der Beweispflicht. Die Landesarbeitsgerichte haben in mehreren Verfahren dahingehend entschieden, dass Facebook als ein „öffentlicher Raum“ zu bewerten ist und daher die Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts zur „vertraulichen Unterhaltung“ nicht gilt.

Auch der Button „Gefällt mir“ wird als Meinungsäußerung gesehen. Damit könnte man alleine durch das Drücken des „Gefällt mir“-Buttons den Tatbestand der gemeinschaftlichen Beleidigung erfüllen, auch weil der Empfänger aktiv zur Verbreitung beiträgt. Bei arbeitsrechtlichen Maßnahmen aufgrund von Social Media sollten Betriebsräte den gesamten Sachverhalt genau betrachten, bei ihrer Zustimmung entsprechend abwägen und versuchen es bei einer Ahndungsmaßnahme zu belassen. Betriebsräte selbst sollten sich mit eigenen Äußerungen sehr zurückhalten. Weiter empfiehlt Schauer Betriebsvereinbarungen zur privaten Nutzung von Sozialen Medien am Arbeitsplatz und zum Umgang mit Kollegen in sozialen Netzwerken. ■

Ulrich Bareiß

Apollo-Optik

Tarifeinigung in der zweiten Runde

Am 22. Mai wurde in der zweiten Verhandlungsrunde der Haustarifverhandlungen ein Gehaltstariferggebnis in Höhe 5,4 Prozent plus zwischen ver.di und Apollo Optik erzielt.

Es wurden zwei Erhöhungsstufen vereinbart. Insgesamt wurde eine durchschnittliche Entgeltsteigerung über alle Gruppen in Höhe von 5,4 Prozent in der Laufzeit des Tarifvertrages erzielt.

Folgendes Tarifergebnis wurde erreicht:

- Zum 1. Juni 2014 werden die Entgelte der Gruppen I bis III und die Azubientgelte um einen Festbetrag von 50,00 Euro brutto erhöht.
- Zum 1. Juni 2015 werden die Entgelte der Gruppen I bis III und die Azubientgelte um einen Festbetrag in Höhe von 40,00 € brutto erhöht.

- Die Gruppe IV ist von den Entgeltsteigerungen ausgenommen.
- Die Laufzeit des Entgelttarifvertrages beträgt 24 Monate. Er kann zum 31. Dezember 2015 gekündigt werden.

Dem Tarifabschluss war eine ausführliche Vorbereitung bei ver.di vorausgegangen. Im März 2014 war die Meinung der Apollo-Beschäftigten gefragt. Am 7. April beschloss die Tarifkommission dann, in den Haustarifverhandlungen eine generelle Forderung zu erheben, nämlich 100 Euro für alle, inklusive der Auszubildenden. In einer ersten Verhandlungsrunde am 10. April war aber noch keine Einigung zu erzielen, doch bei der zweiten Runde im Mai war es in Schwabach am Firmensitz dann soweit. ■

fs/sus

Folgende Tabelle gilt ab 1. Juni 2014 · Erhöhung um 50,00 € brutto:

Berufsjahr	Gruppe I	Gruppe II	Gruppe III	Gruppe IV	Auszubildende
1	1.552,00 €	1.711,00 €	2.437,00 €	2.792,00 €	626,00 €
2	1.624,00 €	1.788,00 €	2.437,00 €	2.792,00 €	676,00 €
3	1.725,00 €	1.900,00 €	2.437,00 €	2.792,00 €	766,00 €
4	1.753,00 €	1.928,00 €	2.437,00 €	2.792,00 €	
5	1.877,00 €	2.028,00 €	2.437,00 €	2.792,00 €	
6	1.928,00 €	2.058,00 €	2.437,00 €	2.824,00 €	
7	2.030,00 €	2.203,00 €	2.508,00 €	2.881,00 €	
8	2.186,00 €	2.295,00 €	2.560,00 €	2.994,00 €	
9	2.186,00 €	2.412,00 €	2.750,00 €	3.123,00 €	

Die Erhöhung um den Festbetrag von 50,00 € brutto bedeutet im Mittelwert über alle Gruppen und Berufsjahresstufen im Jahr 2014 eine Entgeltsteigerung um 3,1 %.

Folgende Tabelle gilt ab 1. Juni 2015 · Erhöhung um 40,00 € brutto:

Berufsjahr	Gruppe I	Gruppe II	Gruppe III	Gruppe IV	Auszubildende
1	1.592,00 €	1.751,00 €	2.477,00 €	2.792,00 €	666,00 €
2	1.664,00 €	1.828,00 €	2.477,00 €	2.792,00 €	716,00 €
3	1.765,00 €	1.940,00 €	2.477,00 €	2.792,00 €	806,00 €
4	1.793,00 €	1.968,00 €	2.477,00 €	2.792,00 €	
5	1.917,00 €	2.068,00 €	2.477,00 €	2.792,00 €	
6	1.968,00 €	2.098,00 €	2.477,00 €	2.824,00 €	
7	2.070,00 €	2.243,00 €	2.548,00 €	2.881,00 €	
8	2.226,00 €	2.335,00 €	2.600,00 €	2.994,00 €	
9	2.226,00 €	2.452,00 €	2.790,00 €	3.123,00 €	

Die Erhöhung um den Festbetrag von 40,00 € brutto bedeutet im Mittelwert über alle Gruppen und Berufsjahresstufen im Jahr 2015 eine Entgeltsteigerung um 2,3 %.

Wahlen

ver.di fordert Stärkung der Schwerbehindertenvertretung

Zwischen dem 1. Oktober und dem 30. November werden die Schwerbehindertenvertretungen gewählt. ver.di fordert, diese Gremien zu stärken und hat einen Kurzleitfaden für die Wahlen in Print und CD sowie auf Stick veröffentlicht.

Behindertengerechte Ausgestaltung der Arbeitsplätze ist heute oft nur mit großer Anstrengung gegen wachsenden Druck auf die Arbeitsbedingungen durchzusetzen, erklärte ver.di-Bundesvorstandsmitglied Eva Maria Welskop-Deffaa anlässlich der Tagung „Zehn Jahre BEM – eine Erfolgsgeschichte?“ in Berlin. Unterstützung bei der Anpassung des Arbeitsplatzes gehöre zu

den Hauptaufgaben, mit denen Schwerbehindertenvertretungen nicht nur im Kontext des betrieblichen Eingliederungsmanagements (BEM) konfrontiert seien, so eine aktuelle ver.di-Auswertung im Rahmen des DGB-Index „Gute Arbeit“.

Fast drei Viertel der Betroffenen, deren Arbeitsplatz behindertengerecht ausgestattet ist, bestätigten, in ihrem Betrieb gebe es eine Schwerbehindertenvertretung. Insgesamt gaben 48,8 Prozent der Befragten an, in ihrem Betrieb sei keine Schwerbehindertenvertretung gewählt.



Wichtiges Zukunftsthema für ver.di ist die bessere Verschränkung von betrieblichem Eingliederungsmanagement und beruflicher und medizinischer Rehabilitation (Reha). Diese Verbindung sei zwar im Sozialgesetzbuch (SGB) IX gefordert, in der Realität gebe es aber häufig Brüche zwischen betrieblichen Anforderungen und Praxis der Sozialversicherungen – zulasten der Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen. „Hier sind die Gewerkschaften als Brückenbauer gefragt, weil sie über die Schwerbehindertenvertretung in der betrieblichen Welt und über die Selbstverwalter bei den Sozialversicherungsträgern verantwortlich aktiv sind“, unterstrich Welskop-Deffaa. ■

pm/sus

www.sbv-wahlen.verdi.de

Porträt

Der genaue Blick ist sein Beruf und sein Hobby

Ralf Olbrich schaut den Menschen beruflich scharf in die Augen, denn Olbrich ist Augenoptiker. Bei der Apollo Optik Holding ist er Sprecher des Wirtschaftsausschusses und auch hier schaut er ganz genau hin.

„Das ist ein sehr trockenes Thema und es will eigentlich keiner machen. Aber mir macht es Spaß“, sagt der Berliner mit Wurzeln im Harz. Bilanzen lesen hat er sich selbst und mit Hilfe von ver.di-Seminaren beigebracht.

Gerade hat ver.di die Haustarifverhandlungen bei Apollo Optik hinter sich gebracht. Auch hier ist Olbrich in der Tarifkommission dabei. Lange war er auch im Apollo-Betriebsrat bzw. Gesamtbetriebsrat der Firma mit dem Hauptsitz in Schwabach. Mit dem betrieblichen Engagement ist er in der Familie nicht allein: Seine Frau Antje Olbrich ist jetzt stellvertretende Vorsitzende des Apollo-Gesamtbetriebsrats. Doch zuhause versuchen sie dies nicht zu oft zum Thema werden zu lassen. Man muss ja auch mal abschalten.

Olbrich engagiert sich auch über seinen eigenen Beruf und Betrieb hinaus in ver.di: Er ist stellvertretender Vorsitzender der Landesfachgruppe Industrie/Industrielle Dienstleistungen in Berlin-Brandenburg sowie im Bundesvor-

stand der Fachgruppe. Hier kümmert er sich natürlich vor allem um die Belange der Optiker, nicht nur in seinem Betrieb, auch um die in den vielen Einzelgeschäften, deren Inhaber im Zentralverband der Augenoptiker organisiert sind. Hier gibt es seit Jahren keine erfolgreichen Tarifrunden, außer in Bayern.

Doch die Ansprache zur Mitgliederwerbung wie auch die Versammlung der gewerkschaftlich Organisierten in der Branche ist schwierig: Kleine Betriebseinheiten, häufig wechselnde Schichten in den Läden, oft Arbeit in den Abendstunden. Doch Olbrich gibt die Hoffnung zu mehr Organisationskraft nicht auf. Denn in der Augenoptiker-Branche darf die Fachgruppe offensiv um Mitglieder werden – anders als in der Metall-, Elektro- und chemischen Industrie.

Das Engagement im Betrieb und in ver.di ist allerdings nicht sein einziges Ehrenamt: Er ist ehrenamtlicher Richter am Kriminalgericht in Berlin. Angefangen hat er als Schöffe beim Jugendgericht. Wegen seines Engagements im Kinderschutzbund hat man ihn 1990 gefragt, ob der Familienvater nicht ehrenamtlicher Jugendrichter werden möchte. Nach acht Jahren hat man ihn gebeten, an das Gericht für Erwachsene zu wechseln, weil immer ein Mangel an Schöffen herrscht.



Foto: privat

Normalerweise ist Olbrich etwa einen Tag im Monat in einer Verhandlung, doch bei einem Mordprozess musste er auch mal vier Monate lang alle zwei Tage auf der Richterbank Platz nehmen.

Der Arbeitgeber muss Arbeitnehmer wegen eines solchen Ehrenamts freistellen, ähnlich wie beispielsweise die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr für ihre Einsätze. Die Gerichtstermine werden meist sehr kurzfristig bekannt gegeben, damit die Schöffen nicht beeinflusst werden können.

Olbrich hat bei einem traditionellen Augeoptiker in Berlin-Wilmersdorf gelernt. Damals genügte wie heute eigentlich die Mittlere Reife, doch heute sind die Auszubildenden überwiegend Abiturienten. Bei Apollo sind es 150 Azubis im Jahr, die ihre Ausbildung beginnen. Olbrich rät jedoch auch RealSchülern, die sich für den Beruf interessieren, einen Versuch zu wagen. In einem Eignungstest können die jungen Leute ihre Fähigkeiten überprüfen.

In der Freizeit ist er gerne zum Langlauf bei seinen Eltern im Harz, wo er sich wie in Berlin um die Vermietung eigener Ferienwohnungen kümmert. Er fährt auch gern Trekking-Fahrrad oder Ski in den Alpen. Die Faszination, die er als Kind schon für den Werkstoff Silber hatte, hat aus dem jugendlichen Münzsammler inzwischen auch einen Schmuckdesigner gemacht. Wieder etwas für den genauen Blick. Natürlich ist das Material überwiegend Silber. Manchmal ist auch ein bisschen Gold dabei. ■

Susanne Stracke-Neumann

Meldungen

Tag der Energie in Bayern

Mit einem bayernweiten Tag der Energie lädt die Bayerische Ingenieurekammer-Bau am 12. und 13. Juli 2014 Bürgerinnen und Bürger ein, herausragende Projekte zur Energieeinsparung und Energieeffizienz in den Regionen Bayerns zu besichtigen. Denn die Energiewende wird vor Ort gemacht. Mit Musterprojekten und Vorzeigebesuchen wird die Umsetzung der Energiewende praxisnah und verständlich aus erster Hand gezeigt. Die beteiligten Ingenieure erläutern die Maßnahmen und Konzepte an den konkreten Bauwerken und Projekten direkt vor Ort und stehen für Fragen zur Verfügung. ■

<http://www.energietag.info/>

Geoinformationen und Infrastrukturen

Mit der 20. Auflage der Intergeo widmet sich der Kongress zentralen gesellschaftlichen und politischen Themen unter den Aspekten einer zunehmend digitalisierten Welt. Geoinformationen als Basis für moderne Infrastrukturen bilden einen weiteren Baustein in der Diskussion einer vernetzten Welt. Thematische Schwerpunkte liegen in der Energieversorgung, Smart City, Demografie und Verkehr. Ansätze und Lösungen des „Marktpotentials öffentlicher Geodaten“ diskutiert die GIW-Kommission des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie als weiteren Kongressbeitrag. Fragen der Zukunft ländlicher Räume, Flächenkonkurrenzen in der Energiewende und Bodenpolitik der Ballungsräume bilden die zentralen Themen des Landmanagementblocks. Weitere Schwerpunkte des Kongresses sind Ingenieurgeodäsie, 3D-Modellierung und intelligente Datenerfassung. ■

<http://www.intergeo.de/>

Qualifikation

Eurobarometer zur Bildung

Eine neue Eurobarometer-Umfrage zum „Europäischen Raum der Kompetenzen und Qualifikationen“ zeigt, dass etwa ein Viertel (23 %) der EU-Bürgerinnen und -Bürger der Meinung ist, dass ihre Ausbildung ihnen nicht die Kompetenzen vermittelt hat, die notwendig wären, um einen Arbeitsplatz zu finden, der ihren Qualifikationen entspricht. ■

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-685_de.htm

Aus den Betrieben

Folgenschwerer Umzug bei Francotyp Postalia

Zum Jahresende verlagert Francotyp Postalia (FP), ein börsennotiertes Traditionsunternehmen mit über 90-jähriger Geschichte, erneut den Standort eines Betriebsteils. Erst 2011 wurde der Fertigungszweig von Birkenwerder nach Wittenberge verlegt. Nun soll der Standort Birkenwerder (Oberhavel) ganz aufgegeben werden, die dort noch ansässige Verwaltung bezieht im Oktober ein neues Domizil an der Prenzlauer Promenade in Berlin-Pankow. Gabriele Hackbarth, seit 28 Jahren bei FP, setzt sich als Gesamtbetriebsratsvorsitzende für die Belange der Beschäftigten ein.

nehmend wird FP jedoch zum Dienstleister für Briefkommunikation umgebaut. So hat es als erstes Unternehmen in Deutschland die DE-Mail angeboten – eine elektronische Form des Briefes, die im Geschäftsverkehr gegenüber der normalen E-Mail Vorteile besitzt. Nach zögerlichem Start kommt das Geschäft mit diesen neuen Produkten zunehmend ins Laufen.

Warum gerade jetzt ein Umzug nach Pankow?

Hackbarth: Im Grunde geht es wie immer darum, Kosten zu senken. Bis 1993 war das Unternehmen in Reinickendorf ansässig.

Die Fertigungshalle in Birkenwerder ist seitdem weitgehend ungenutzt und verursacht große Kosten. So suchte der Arbeitgeber eine günstigere Unterkunft. Gefunden hat er sie in der Prenzlauer Promenade in Pankow, Ende des Jahres ziehen die Verwaltung und der Vertrieb zurück nach Berlin.

Wird es wieder zu Entlassungen kommen?

Hackbarth: Nach heutigem Stand nicht. Allen 200 Mitarbeitern wurde eine Weiterbeschäftigung am neuen Standort angeboten. Lediglich 13 Beschäftigte aus dem Entwicklungsbereich sollen nach Wittenberge wechseln.

Ist der Umzug aus Sicht des Betriebsrates diesmal also unproblematisch?

Hackbarth: Nicht ganz: Wir unterliegen dem Tarifvertrag der Berliner und Brandenburger Metallindustrie. Für den Arbeitgeber ist es ein Dorn im Auge, dass immer noch ca. ein Drittel der Beschäftigten den Bedingungen des Tarifgebiets 1 (Berlin West alt) unterliegt. Diese Vereinbarung hat der damalige Betriebsrat für alle erzielt, die von Reinickendorf mitgegangen sind, sie gilt bis heute. Unter anderem beinhaltet sie eine 35-Stunden-Woche. Diejenigen, die in Birkenwerder dazugekommen sind, fallen hingegen in Tarifgebiet 2 und müssen 38 Wochenstunden absolvieren. Nach Auffassung der Geschäftsleitung verliert die bisherige Regelung mit dem Umzug ihre Gültigkeit. Wir sind anderer Meinung und setzen uns dafür ein, dass die rund 60 Beschäftigten, auf die das noch zutrifft, ihr verbrieftes Recht behalten.

Lässt sich da etwas tun?

Hackbarth: Diese Angelegenheit kann nur individualrechtlich be-

handelt werden. Jeder einzelne muss sich überlegen, ob er bereit ist, drei Stunden mehr zu arbeiten oder nicht. Im Zweifelsfall muss das Arbeitsgericht entscheiden, ob das Vorgehen des Arbeitgebers rechtens ist oder nicht. 2008 hat FP schon einmal einen solchen Vorstoß gewagt. Wir haben damals Musterklagen geführt und gewonnen. Ob das wieder so ausgehen wird, wissen wir natürlich nicht.

Wie stehen die Beschäftigten zum Umzug?

Hackbarth: Im Moment stehen die meisten in Warteposition, niemand weiß genau, was kommen wird. Für Berliner/innen wie mich ändert sich wohl nicht viel: Der Arbeitsweg wird kilometermäßig kürzer, aber wahrscheinlich werden wir etwas länger brauchen. Die, die im Umkreis von Birkenwerder wohnen, müssen hingegen zum Teil mit erheblichen Nachteilen rechnen. Viele von ihnen sind Teilzeitkräfte und nicht begeistert, wenn ihr Fahrweg im Verhältnis zur Arbeitszeit viel länger wird.

Was macht der Betriebsrat in dieser Situation?

Hackbarth: Um entstehende Nachteile auszugleichen, verhandeln wir derzeit über einen Interessenausgleich und einen Sozialplan. Beispielsweise wollen wir Zuschüsse erreichen für jemanden, der bisher mit dem Fahrrad zur Arbeit kommt und demnächst eine Stunde mit dem Auto oder dem ÖPNV fahren muss. Oder wir drängen den Arbeitgeber dazu, sich auch am neuen Standort an einer Betriebskantine zu beteiligen. Im Gespräch sind auch veränderte Arbeitszeiten. ■

Die Fragen stellte Ute Christina Bauer



Foto: Chr. v. Polentz

Sie spricht über die Folgen des Umzugs. Industrie-Report: Wie steht FP derzeit wirtschaftlich da?

Gabriele Hackbarth: Ich bin nicht im Controlling und muss mich daher auf offizielle Aussagen verlassen. Demnach hat FP 2012 knapp 166 Millionen Euro umgesetzt und vier Millionen Euro Gewinn gemacht. Das Unternehmen vertreibt innovative Produkte: Ursprüngliches und immer noch florierendes Kerngeschäft sind die Herstellung und der Verkauf von Frankiermaschinen. Zu-

Damals konnte FP in Birkenwerder günstig ein Grundstück erwerben und eine moderne Fertigungshalle errichten; der Berliner Firmensitz wurde aufgegeben. 2011 entschied sich die Geschäftsleitung, die Produktion erneut zu verlagern – diesmal nach Wittenberge / Prignitz, wo FP erneut ein billiges Grundstück kaufen konnte. In Birkenwerder wurden kurzerhand 110 Beschäftigte entlassen, in der Prignitz Leute zu wesentlich günstigeren Konditionen eingestellt – ohne eine Tarifbindung, wie wir sie haben.

Umweltforum

Energiespeicher und Landschaftsbilder

Foto: BZ Brannenburg



Das diesjährige Seminar des mti Bayern in der Bildungsstätte Brannenburg findet vom 1. bis 3. August 2014 statt. Die ausgewählten Themen des Energie- und Umweltforums spannen einen Bogen von den Strom- und Leitungsnetzen bis hin zur Übernahme der örtlichen Stromnetze durch die Kommunen, wobei die Vor- und Nachteile explizit herausgearbeitet werden.

Dem Komplex der Energiespeicher wird in besonderer Weise Rechnung getragen. Ein Schwerpunkt werden dabei „Pumpspeicherwerke und ihre Auswirkung auf die Umwelt“ sowie die „Um-

wandlung von Strom in synthetisches Gas (Power to Gas)“ sein. Da weltweit mehr und mehr Strom aus Sonne und Wind gewonnen wird und Solar- und Windstrom oft zu Zeiten entstehen, in denen sie nicht gebraucht werden, werden Stromspeicher für diesen fluktuierend anfallenden Ökostrom benötigt. 2010 ist es deutschen Forschern erstmalig gelungen, die erneuerbare Elektrizität als Erdgas zu speichern. Im Seminar wird die Wirkungsweise des Umwandlungsverfahrens erläutert und die technischen Rahmenbedingungen dargelegt. Die „Power-to-Gas“-Technologie wandelt nach dem Vorbild der Photosynthese die energielosen

Rohstoffe CO₂ und Wasser mithilfe von elektrischem Strom direkt in synthetisches Erdgas um.

Ein weiteres Thema befasst sich mit dem „Erkennen von Landschaft und Landschaftsbildern“, wobei auf den Einfluss des Menschen auf die Umwelt und das Zusammenspiel der abiotischen Standortfaktoren besonders eingegangen wird. Das bayerische Voralpenland und der Alpenraum haben ein anderes „Gesicht“ als Gebiete in Nord- oder Mitteldeutschland oder gar im Mittelmeerraum. Dies bewirkte über Jahrhunderte, ja sogar über Jahrtausende, ein spezifisches Landschaftsbild und eine spezifische Lebensweise der dort wohnenden Menschen. Andererseits versucht der moderne Mensch heute eine Vereinheitlichung der Lebensqualität, der Energieversorgung und der Infrastruktur zu erreichen. Dies bildet sich wiederum in der heutigen Landschaft ab. ■ ps

Zum Anmeldeformular <http://www.ain-online.net/images/Bund/pdf/GPB-Seminare-Brannenger-Umweltforum-2014.pdf>

Bitte schicken an: info@ain-online.net

Gute Arbeit

Management mit Mängeln: Innovationen

Das ver.di Innovationsbarometer stellt für 2013 deutliche Mängel im Innovationsmanagement und in der Lernkultur der Betriebe fest. Innovationen sollen die Zukunft sichern, sie spielen eine wesentliche Rolle für Ökonomie und Beschäftigung. Die Förderung von Innovationen steht daher bereits seit einigen Jahren auf der politischen Agenda. Doch wie soll diese gestaltet werden: Was ist förderlich?

Die Qualität der Arbeit spielt eine entscheidende Rolle für ein inno-

vationsförderliches Klima im Betrieb. Dies belegen die Ergebnisse des ver.di Innovationsbarometers für 2013 in aller Deutlichkeit.

„Keine Zeit, zu belastet, um innovativ zu sein“ lautete schon 2011 der Befund aus der Umfrage bei Betriebs-, Personal- und Aufsichtsräten. Dieser Trend zu mehr Personalabbau bei gleichbleibender oder zunehmender Arbeitsmenge setzt sich für 2013 fort: So berichtet die überwiegende Mehrheit der Befragten, dass Zeit- und Leistungsdruck an der Spitze der Innovationshemmnisse stehen.

Eine innovationsförderliche Arbeits- und Lernkultur ist noch schwach entwickelt. Innovationsförderung sollte auch immer Förderung der Arbeitskultur sein. Denn Innovation und Gute Arbeit gehören zusammen.

Umfragen mit dem ver.di-Innovationsbarometer finden seit 2005 statt. Mittlerweile werden die Erhebungen – mit wachsender Beteiligung – im Abstand von zwei Jahren durchgeführt. Die letzte Online-Befragung war im Herbst 2013. Von 9.430 angeschriebenen Personen haben 1.084 teilgenommen. ■

Studie und ausführliche Präsentation des ver.di-Innovationsbarometers 2013: <https://innotech.verdi.de/innovation/innovationsbarometer>



Betriebsratswahlen Berichtsbogen ausfüllen

Um die Resultate der Betriebsratswahlen genau zu erfassen, gibt es jetzt den ver.di-Berichtsbogen, der direkt am PC ausgefüllt werden kann. Diese Berichtsbögen sind für ver.di die einzige Möglichkeit, verlässlich die Ergebnisse über die Betriebsratswahlen zu erhalten. Eine gute Datenlage ist eine wichtige Voraussetzung für eine gute gewerkschaftliche Arbeit in den Betrieben. Denn nur, wenn ver.di weiß, wo Betriebsratswahlen stattgefunden haben und wie die Ergebnisse ausgefallen sind, kann eine Zusammenarbeit mit den Betriebsräten vor Ort erfolgen. Für eine systematische Planung der Arbeit der hauptamtlichen Kolleginnen und Kollegen und die Durchsetzungskraft vor Ort ist es unverzichtbar zu wissen, wie viele ver.di-Gremien im Bezirk existieren und wie ver.di dort im Verhältnis zu anderen Organisationen oder Unorganisierten vertreten ist.

Dateiname: [berichts-bogen-zur-betriebsratswahl-am-pc-ausfuellbar.pdf](http://www.verdi.de/berichts-bogen-zur-betriebsratswahl-am-pc-ausfuellbar.pdf)

Impressum

Herausgeber:
Frank Werneke (stellv. Vorsitzender);
Rudolf Zink, Ressort 3
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft – ver.di
Paula-Thiede-Ufer 10 · 10179 Berlin
Postanschrift: 10112 Berlin
<http://medien-kunst-industrie.verdi.de/>
E-Mail: fb8.industrie-report@verdi.de

Redaktion: Susanne Stracke-Neumann
Layout: einatz, Wolfgang Wohlers
Druck: alpha print medien AG, Darmstadt
Auflage: 2000 · Juni 2014



Bildung

100 Jahre sind ein guter Anfang

Unter diesem Motto stand die 100-Jahr-Feier der ver.di Bildungsstätte Brannenburg, zu der auch der mti Bayern geladen war.



Zum Festprogramm begrüßte Marion Fendt, Leiterin der Bildungsstätte Brannenburg, am Samstag, 31. Mai, zirka 200 Gäste. Sie hob hervor, dass Veranstaltungen „in ver.di daheim allemal besser ist als Seminare in Hotels“ seien.

Josef Falbisoner, ehemaliger Landesleiter Bayern, machte mit dem Publikum eine sehr humorvolle und kurzweilige Zeitreise durch die Geschichte der Postgewerkschaft und der des Hauses Brannenburg vom königstreuen Gewerkschaftsverband bis zu ver.di. Die Vorsitzende des Gewerkschaftsrats, Monika Brandl, nannte die Bildung den Schlüssel zu Friede und Freiheit.

Frank Bsirske, ver.di-Vorsitzender, erinnerte daran, dass Bildungsarbeit zu den Kernelementen und Fundamenten der gewerkschaftlichen Arbeit gehöre, der Zugang zu Wissen ermögliche erst die Auseinandersetzung in Betrieb und Gesellschaft. „Die Anleitung zum Mächtigsein, ist die Qualifizierung der betrieblichen Interessenvertretung“, unterstrich Bsirske. Insofern komme dem Haus Brannenburg eine besondere Bedeutung zu. „Mit den Schwerpunktthemen des Hauses wie „Wasser ist Leben“, „Brannenburg Forum für nachhaltige Entwicklung“, „Energiewende“ werden in dem Haus wichtige Akzente gesetzt. Dies wollen wir so fortführen“, erklärte er.

Matthias Jena, DGB-Vorsitzender Bayern, erinnerte daran, dass trotz Google und Wikipedia der gemeinsame Austausch durch nichts zu ersetzen sei. Diana Bösch, Mitglied des ver.di-Bundesvorstandes, bedankte sich bei den Beschäftigten, der Leitung, den Ehrenamtlichen für ihre Arbeit in diesem Haus, das eine „lange Tradition hat ohne traditionell zu sein, wie die Ausrichtung auf die Zukunftspläne zeigen“. Linda Schneider, stellvertretende Landesbezirksleiterin in Bayern, forderte endlich ein Bildungsfreistellungsgesetz für Bayern. Musikalisch umrahmt wurde die Veranstaltung vom Münchner Gewerkschaftschor. ■

Ulrich Bareiß

mti-Bundesausschuss Datenqualität verbessern

Auch in der jüngsten Sitzung hat sich der mti-Bundesausschuss zum wiederholten Mal mit der ungenügenden Datenqualität in der MIBS beschäftigt. Ein Ärgernis ist auch weiterhin die Situation, dass Mitglieder mit Berufsbezeichnungen, die eindeutig nicht der Gruppe mti zuzuordnen sind, trotzdem dort geführt werden. Nichtsdestotrotz besteht auch die Möglichkeit, dass die Mitglieder eine mti-entsprechende Ausbildung haben, aber die Berufsbezeichnung fehlerhaft ist.

Der Bundesausschuss empfiehlt, dass man diese Mitglieder anschreibt, und um eine entsprechende Klärung bittet. Darüber hinaus sollte bei den anstehenden Organisationswahlen darauf geachtet werden, dass Unstimmigkeiten im Datenbestand, die von Teilnehmern der Konferenzen bemerkt werden, direkt mit dem Mitglied zu klären sind.

Insgesamt kann festgestellt werden, dass wir in den letzten beiden Jahren ein gutes Stück vorangekommen sind. Da aber bei annähernd 90 Prozent der ver.di-Mitglieder kein Beruf hinterlegt ist, werden wir wohl noch lange mit dieser unbefriedigenden Situation leben müssen. Die im Zusammenhang mit Perspektive 2015 beabsichtigte intensivere Mitgliederbetreuung lässt uns hoffen, dass sich die Datenqualität schrittweise verbessert. ■

Werner Filipowski
mti-Vorsitzender